

Antrag

der Abgeordneten Silvia Schmidt (Eisleben), Anton Schaaf, Gabriele Hiller-Ohm, Anette Kramme, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Elke Ferner, Hubertus Heil (Peine), Josip Juratovic, Angelika Krüger-Leißner, Ute Kumpf, Gabriele Lösekrug-Möller, Katja Mast, Thomas Oppermann, Kerstin Tack, Andrea Wicklein, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Stufenplan zur Angleichung des Rentensystems in Ost und West jetzt auf den Weg bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mehr als 20 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit ist die Schaffung einheitlicher rentenrechtlicher Regelungen eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. Unterschiedliche Regelungen zur Berechnung der Anwartschaften und der Rechengrößen bei den jährlichen Anpassungen werden in der Bevölkerung zu Recht nicht länger akzeptiert. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dies bereits in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen, was bisher unterblieb.

Ab 2020 darf es bei der Rentenberechnung in Ost und West keine Unterschiede mehr geben, so dass dann auch der Höherwertungsfaktor für Löhne und Gehälter in Ostdeutschland abgeschafft werden kann. Um jenseits der Vereinheitlichung der Rechengrößen auch tatsächlich gleiche Rentenanwartschaften zu schaffen, sind aber auch Fortschritte bei der Angleichung der Löhne und Gehälter notwendig. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam und werden die derzeitige Lücke bei Löhnen und Gehältern und damit zukünftigen Rentenansprüchen weiter schließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die vollständige Angleichung des aktuellen Rentenwertes (Ost) an den aktuellen Rentenwert in Stufen bis zum 1. Januar 2020 zum Ziel hat. Dieses Gesetz soll im Jahr 2014 in Kraft treten.

Berlin, den 12. Juni 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

